

Dachverband Elektromog Schweiz und Liechtenstein

Auswertung Politbarometer Elektromog 2011 - National- und Ständeratskandidaten nehmen Stellung

Die Umfrage zu den gesundheitlichen Risiken des Elektromogs wurde von etwa zehn Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten für das Bundesparlament beantwortet. Die Verteilung nach Parteizugehörigkeit (Abb. 1) zeigt, dass sich die Mitte-Links-Parteien eher mit der Problematik befassen, als es die Rechts-Parteien tun. Die zehn gestellten Fragen wurden differenziert beantwortet (Abb. 2) und es lassen sich über die Parteigrenzen hinweg ein paar aufschlussreiche Trends herauslesen. Ausserdem gingen rund 600 Einzelkommentare ein.

Kandidierende sind interessante Auskunftspersonen, da sie sich für ein öffentliches Amt bewerben und sensibilisiert sind für Anliegen der Gesellschaft. Ihre Antworten zeigen zusammenfassend das folgende Bild:

1. Die Fehlmeinung, die Schweiz habe im internationalen Vergleich vorbildlich tiefe Grenzwerte, ist in den Köpfen stark verankert – *zu Unrecht! Denn bei uns gilt der gleiche Immissionsgrenzwert für Gesamtstrahlung an einem beliebigen Ort wie in den meisten Nachbarländern. Zwar hat die Schweiz einen 10-mal tieferen Anlagegrenzwert festgelegt. Doch dieser gilt nur für eine einzige Sendeanlage und nur im ohnehin besser geschützten Gebäudeinnern. Die Schweizer Bevölkerung ist daher im Vergleich zu anderen Ländern nicht besser geschützt.*
2. Das grösste Echo lösten die Fragen nach der Anerkennung der Elektrosensibilität und den Auswirkungen von Elektromog auf die Gesundheit aus: Unglaube und Abwehr wird geäussert; aber auch, dass der Kenntnisstand sehr gering sei. Entsprechend häufig kommt die Forderung nach wissenschaftlichen Beweisen und besserer Aufklärung der Bevölkerung. – *Die logische Konsequenz aus diesem Ergebnis lautet, dass die Politik wesentlich mehr finanzielle Mittel für eine objektive und risikogerechte Information der breiten Bevölkerung hinsichtlich der Risiken des Elektromogs bereitstellen müsste.*
3. Die zweitwichtigste Frage - gemessen an der Häufigkeit der Kommentare - betraf den Schutz besonderer Personengruppen wie beispielsweise Kinder, Jugendliche, Kranke und Schwangere. Es wurde zudem nach einer Altersuntergrenze für die Nutzung von Handys etc. gefragt. Die Antworten sind sehr widersprüchlich ausgefallen. Einerseits will eine klare Mehrheit einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen, andererseits will eine auch eine klare Mehrheit keine Altersuntergrenze von 16 Jahren für Handys festlegen, dies nach dem Motto: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Häufig wird die elterliche Verantwortung vorgeschoben, aber auch die Tatsache betont, dass eben diese Eltern zu wenig Informationen über die vorhandenen Risiken hätten. – *Scheuen viele Politiker vorsorgliche Schutzmassnahmen, da diese unbequeme Auswirkungen haben könnten? Die Geschichte (Asbest, Blei, PCB, Amalgam etc.) lehrt, dass ein solch passives Verhalten der Politik regelmässig zu vorhersehbaren Katastrophen im Umweltbereich führt.*
4. Ebenfalls sehr wichtig finden viele die Forderung nach einzelnen handy- und strahlungsfreien Bahnwagen. Viele sind aber fälschlicherweise der Auffassung, dass Ruhewagen bei der SBB noch vorhanden seien. Einige Stimmen verlangen zudem auch handyfreie S-Bahnen. – *Diese Forderung hätte offenbar gute Chancen auf breite Unterstützung, denn leider sind Ruhewagen nur noch vereinzelt in der ersten Klasse vorhanden. Aus technischer Sicht würde sich diese klare Forderung einfach und ohne grosse Kostenfolgen von den Betrieben des öffentlichen Verkehrs umsetzen lassen. Schliesslich hat die Bahn früher, als die Schädlichkeit des Rauchens angeblich noch nicht bewiesen war, dennoch rauchfreie Abteile geführt. Wie lange wird es dauern, bis auch bezüglich strahlungsfreier Abteile Einsicht einkehrt?*

5. Die verwandte Frage zur besseren Durchsetzung des gesetzlich verankerten Handyverbots im Autoverkehr zeigt einen Graben zwischen Velofahrern und dem Rest der Bevölkerung auf. Das linke Parteienspektrum (eher velofreundlich?) stellt klare Forderungen nach stärkeren Sanktionen für das gesetzeswidrige Verhalten der telefonierenden Fahrzeuglenker. Das mittlere und rechte Parteienspektrum (eher autofreundlich?) neigt zur Stärkung des passiven Wegs über die Polizeiorgane und zur Auffassung, dass nicht noch mehr reguliert werden solle. – *Wie wären die Reaktionen auf diese Frage ausgefallen, wenn sie erst kürzlich und nach dem Bekanntwerden der übermässig vielen Unfälle auf Zebrastreifen gestellt worden wäre?*
6. Bei den Fragen nach dem Kenntnisstand über strahlungsärmere Funktechnologien und die Einführung des mobilen Internets (4G bzw. LTE) zeigt sich, dass die Kandidaten wie auch der Rest der Bevölkerung zu wenig Kenntnis der Technologiefolgen haben. Überraschend ist andererseits das Ergebnis, dass doch eine sehr grosse Mehrheit der Auffassung ist, die gesundheitlichen Risiken neuer Funktechnologien müssten vor deren Einführung zuerst seriös abgeklärt werden. – *Damit kommt zum Ausdruck, dass die parlamentarische Kontrolle nicht oder nur mangelhaft wahrgenommen wird bzw. wahrgenommen werden kann. Und dies wiederum erklärt, weshalb es der Bundesrat, die Bundesämter und die Mobilfunklobby so einfach haben, fortlaufend risikobehaftete Technologien stets ohne umfassende Folgenabschätzung und auf Kosten der Volksgesundheit einzuführen.*
7. Erwähnt wird aber auch, dass alles, was an neuen Technologien noch kommen soll, nicht vom ursprünglichen Auftrag zur flächendeckenden Versorgung mit Mobilkommunikation abgedeckt ist. Kritisch wird auch der Aufbau der parallelen Netzinfrastrukturen durch die Mobilfunkunternehmen hinterfragt, da dies zu einer unnötig hohen Strahlenbelastung führt.
8. Angeregt wird zudem eine Meldestelle für Unfälle, Krankheiten und Todesfälle, die mit Mobilfunk in Zusammenhang stehen könnten. – *Die systematische Auswertung der individuellen Meldungen könnte wichtige Zusammenhänge im Sinne eines Frühwarnsystems aufzeigen und so zur Behebung des vorhanden informationellen Defizits beitragen. Mit den Ergebnissen liessen sich auch notwendige vorsorgliche Massnahmen von Seiten der Politik besser begründen.*

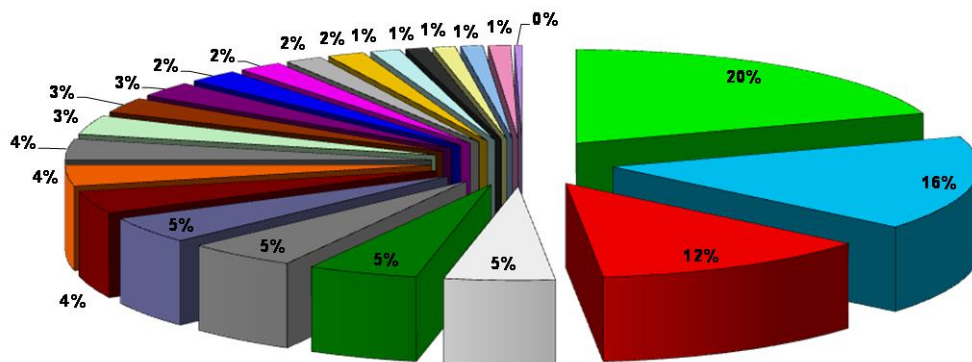
FAZIT: Der Kenntnisstand über Technik, Grenzwerte und Auswirkungen von nichtionisierender Strahlung ist immer noch sehr gering. Darum werden noch mehr wissenschaftliche Beweise und bessere Aufklärung der Bevölkerung gefordert, aber auch mehr Schutz für Kinder, handyfreie Bahnwagen und strahlenarme Geräte. Trotzdem wird Elektrosensibilität meist nur von Menschen anerkannt, die Direktbetroffene in ihrem Umfeld haben. Vor der Einführung von neuen Technologien wie z.B. dem mobilen Internet LTE werden seriöse Abklärungen gefordert und der Aufbau von parallelen Netzinfrastrukturen durch mehrere Mobilfunkanbieter wird zunehmend missbilligt.

Die Antworten zeigen uns die wichtigsten Handlungsfelder im Bereich Elektrosmog auf. Der Dachverband wird sich dafür einsetzen, dass die zentralen Fragen in die politische Diskussion einfließen.

Im Februar 2012

Vorstand Dachverband Elektrosmog Schweiz und Liechtenstein

Abb. 1: Politbarometer Elektrosmog 2011 - Anzahl der Antworten nach Parteizugehörigkeit



■ Grüne/Verts	■ EVP/PEV	■ SP/PS	□ EDU/UDF	■ GLP/VL	■ PST/PDA
■ CVP/PDC	■ SVP/UDC	■ andere/autres	■ Junge Grüne	□ Piraten	■ FDP/PLR
■ JEVP	■ Tierpartei	■ BDP/PBD	□ JUSO/JS	■ parteilos	□ SD
■ CSP/PCS	□ JEDU	□ JFDP	■ JSVP	■ JFDP/PLR.jeunes	

Abb. 2: Politbarometer Elektrosmog 2011 - Beantwortung der zehn gestellten Fragen

